

Ausbilden ohne auszuschliessen

Manifest 2005

„Jede Person hat ein Recht auf Bildung“
(Universelle Menschenrechtserklärung)

Unsere Kinder gehen während mindestens 9 Jahren zur Schule. Leider erwerben nicht alle das nötige Wissen und Können um aktiv ins Erwachsenenleben einsteigen zu können. In Genf kann einer von fünf 15-jährigen nicht gut genug schreiben, um seine Pflichten als Staatsbürger und seine Rechte auszuüben.

Das ist ungerecht und absurd. Eine demokratische Gesellschaft darf nicht zulassen, dass ein so grosser Anteil der Bevölkerung von der Staatsbürgerschaft, einer Arbeit und der Teilnahme an Bildung ausgeschlossen wird. Das ist eine Frage des Friedens und des Wohlstands, der Gerechtigkeit und der Solidarität. Um gegen den sozialen Graben anzukämpfen, liegt es im allgemeinen Interesse, den Bildungsstand aller anzuheben und dem Schulversagen den Kampf anzusagen. Unmöglich? Nein. Zahlreiche Studien bestätigen es: Ausgeglichenere Leistungen sind nicht nur mit einem hohen allgemeinen Niveau vereinbar, sondern bildet sogar eine Voraussetzung dafür.

Deshalb fordern wir eine Schule, die auf drei Grundsätzen basiert:

Eine Grundausbildung garantieren: Die Schule muss allen Schülern erlauben, ein solides Grundwissen zu erwerben, und Verantwortlichkeit und Solidarität zu entwickeln. Das ist die Bedingung für wirkliche Chancengleichheit beim Eintritt ins Erwachsenenleben und bildet den Schlüssel zu Staatsbürgerschaft, Autonomie, Arbeit und lebenslanger Weiterbildung.

Die Ausbildungsfähigkeit aller bestätigen: Die Kinder sind unterschiedlich, aber alle können das Grundwissen erwerben, vorausgesetzt, dass die Schule ihre Ressourcen und Bedürfnisse berücksichtigt, dass sie eine strenge, differenzierte, aktive, kulturbereite Pädagogik praktiziert und dem Lernen einen Sinn gibt.

Die Ausschliessung ausschliessen: Während der ganzen obligatorischen Schulzeit müssen die Anstrengungen auf das Lernen und nicht auf die Selektion konzentriert sein. Die Bewertung soll das Lernen fördern und Schülern und Eltern über die Fortschritte eines jeden in Richtung Lernziele Aufschluss geben. Sie soll weder einstufen, noch ausgrenzen und vor allem nicht erniedrigen. Ziel ist eine in Mehrjahresstufen organisierte Schule für alle, ohne Auslese und getrennte Stufen.

Wie können diese Veränderungen gelingen? Die Erziehung muss für die öffentliche Hand eine Priorität sein. Die Genfer Schule braucht eine mutige Politik, die sich die Mittel ihrer Ambitionen zugesteht. Eine unterstützende Politik, die Initiativen vor Ort koordiniert und bewertet, indem sie Tradition und Erneuerung kombiniert, statt sie einander entgegenzusetzen. Dies setzt die Teilnahme der Eltern, der Schüler, der LehrerInnen und ihrer Verbände voraus. Es erfordert auch hoch qualifizierte professionelle Teams, eine Kontrolle der Auswirkung der Ausbildung und die kritische Anwendung der Forschung in der Ausbildung.

Die Genfer Schule ist nicht so gerecht und wirkungsvoll wie sie es könnte und sollte. Anstelle einer Lösung will eine populistische Initiative alles blockieren, die Selektion aufrechterhalten und die Institution in Gewissheiten erstarren zu lassen, deren Grenzen wohlbekannt sind.

Wir versammeln uns heute, um unsere Überzeugung auszusprechen:
Es gibt eine Alternative zum Fatalismus und zum Ausschluss.

Genf, den 2. Mai 2005